

Wettbewerb um Studierende

Martin Winter, Institut für Hochschulforschung HoF Halle-Wittenberg

Beitrag für die

Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung in Wittenberg, 12.-13. Mai 2011,

Panel 2: Hochschulen im Wettbewerb, 12. Mai 2011

Gliederung

1. Historischer Rückblick – erster Teil: Wettbewerb im hochschulpolitischen Diskurs	2
1.1. Die erste Welle in den 1980er Jahren	2
1.2. Die zweite Welle in den 1990er Jahren	4
1.3. Die dritte Welle in den 2000er Jahren	5
2. Historischer Rückblick – zweiter Teil: Studienplatzvergabe und Wettbewerb	6
3. Aktuelle Situation und Ausblick auf den Wettbewerb um Studierende	8
Literatur	15
Vortragsfolien	19

Abstract

Während Wettbewerb bzw. wettbewerbsähnliche Mechanismen im Forschungsbereich schon seit den 1980er Jahren mit der Ausweitung der Drittmittelforschung eine gewichtige Rolle spielen, hatten derartige Elemente im Bereich von Studium und Lehre – noch – eine geringere Bedeutung. Wettbewerb im Studienbereich kann unterschiedlich aufgefasst werden, meist wird er als Wettbewerb der Hochschulen um Studieninteressierte bzw. um gute oder geeignete Studierende verstanden. In dem Beitrag soll die Entwicklung in Deutschland der letzten Jahrzehnte in diesem Bereich nachvollzogen werden und darauf aufbauend ein Ausblick auf die nähere Zukunft der Studienplatzvergabe gewagt werden. Die These ist, dass sich mit der Organisationswerdung der Hochschulen – Hochschulen als korporative Akteure verfügen über mehr Entscheidungskompetenzen und Gestaltungsmöglichkeiten – und der demografischen Entwicklung die Wettbewerbslogik für die strategische Ausrichtung der Hochschulen an Gewicht gewinnt. Dies äußert sich u.a. darin, dass vermehrt Studienwerbung betrieben wird, und verstärkt auf Hochschulmarketing als Ansatz der „Unternehmensführung“ zurückgegriffen und entsprechende Stellen an den Hochschulen eingerichtet werden.

1. Historischer Rückblick – erster Teil: Wettbewerb im hochschulpolitischen Diskurs

Wettbewerb hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer zentralen Leitvorstellung im Hochschulbereich entwickelt. Blickt man zurück auf Entwicklung der letzten Jahrzehnte, so lassen sich grob drei Konjunkturen des Wettbewerbsgedankens in der Hochschulpolitik feststellen; eine weitere Welle kündigt sich in naher Zukunft an, die das Thema im letzten Abschnitt meines Beitrags sein wird. Vorab ist nochmals zu betonen, dass Wettbewerb in der Wissenschaft nichts Neues ist: Die Konkurrenz auf dem Gebiet des Geistigen (Mannheim 1928), der „Wettbewerb der Ideen“ ist konstitutiv für die Wissenschaft. Nach wie vor bestimmt der Erkenntnisfortschritt den Wissenschaftsbetrieb (siehe Abschnitt 1).

1.1. Die erste Welle in den 1980er Jahren

Relativ neu – nämlich seit Anfang der 1980er Jahre – ist eine bestimmte Spielart des Wettbewerbs, die sich im Hochschulsystem offensichtlich nach und nach durchsetzt. Es ist der Wettbewerb der Organisationen. Auf der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz 1984 hat der Politikwissenschaftler und damalige Leiter der wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats, Peter Graf Kielmannsegg, in einem Vortrag den (alten) Wettbewerb der Ideen vom (neuen) Wettbewerb der Institutionen unterschieden und für dessen Ausweitung plädiert.¹ Diese neue Spielart des Wettbewerbs hat weitreichende Auswirkungen auf die Hochschulentwicklung. Eine solche Verwettbewerblichung geht zwingend einher mit der Organisationswerdung von Hochschulen. Diese „organisationelle Wende“ („organizational shift“) wurde in der Hochschulforschung von zahlreichen Autoren beschrieben und analysiert (z.B. von Wissel 2007, Meier 2009): Die Hochschule tritt demnach als korporativer Akteur mit eigenen Interessen auf, der sich in einer Konkurrenzsituation definiert und entsprechende Strategien im Hinblick auf seine Umwelt – und damit auch seine Konkurrenten – entwickelt. Letztlich geriert sich die Hochschule als eine Art Unternehmen, das sich am Wettbewerb beteiligt bzw. beteiligen muss. Diese „unternehmerische Hochschule“ wird auch als hochschulpolitische Wunschvorstellung proklamiert (vgl. Clark 2001, Müller-Böling 2000, Herrmann 2005).

Neu ist, dass Wettbewerb als Steuerungsinstrument nicht mehr nur rein wissenschaftlich (als „Wettbewerb der Ideen“), sondern auch ökonomisch begründet wird (als „Wettbewerb um Ressourcen“). Mit Wettbewerb als Verfahren verbinden sich große Hoffnungen – und dies sind überwiegend Steuerungshoffnungen: Man hofft, etwas die Entwicklung in eine gewünschte Richtung lenken zu können, „drücken“ zu können, denn es geht darum, Wettbewerbsdruck zu erzeugen, um so eine Dynamisierung der Verhältnisse durch Innovationen und kreative Lösungen sowie Leistungs-, Qualitäts- und Effizienzgewinne zu bewirken (vgl. Nullmeier 2000).

¹ Heute sieht der damalige Leiter der wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats den Gedanken des Wettbewerbs kritischer. Vor allem deshalb, meinte er im Gespräch mit der DUZ (im Heft 12/2008: 16), weil er „mit einer zu starken Ökonomisierung der Hochschulen“ einhergehe.

Konkurriert werden soll um Ressourcen, insbesondere Drittmittel, Preise, Wissenschaftspersonal, Studierende sowie um Positionen in allen Arten von Leistungsvergleichen. Wettbewerb kann demnach zwischen Bundesländern, Hochschulen, Fakultäten und Instituten, Hochschullehrenden sowie Studierenden und nicht zuletzt im globalen Kontext zwischen nationalen Hochschulsystemen (den „Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorten“) stattfinden. Sowohl der „alte“ als auch der „neue“ Wettbewerb finden insbesondere auch auf der Ebene der Personen statt: Hochschulangehörige konkurrieren als „Arbeitskraftunternehmer“ (Voß/Pongratz 1998), als „Ich-AGs“ oder „Ich-Marken“ (Bröckling 2000) auf verschiedenen Feldern um Stellen, Ressourcen, Macht und Prestige. Die entscheidenden Akteure des „neuen Wettbewerbs“ sind allerdings die Organisationen, die Hochschulen, Fachbereiche und Institute.

Der eigentliche Startschuss dieser Diskussion um den Wettbewerb im Hochschulbereich, sind die 1983 veröffentlichten „Leitlinien für eine neue Hochschulpolitik aus Sicht des Bundes“ (Wilms 1983). „Wettbewerb statt Bürokratie“ – so lautet die Überschrift und das Motto dieser programmatischen Schrift der damaligen Bildungs- und Wissenschaftsministerin des Bundes, Dorothee Wilms. Mit dem damaligen Regierungswechsel von rot-gelb auf schwarz-gelb und der erklärten „geistig-moralischen Wende“ ist auch ein Paradigmenwechsel in der Hochschulpolitik des Bundes eingeleitet worden. Dieser Paradigmenwechsel weg von der staatlichen Planungs- und Steuerungsphilosophie hin zum Wettbewerbsgedanken wurde im Hochschulsystem von den maßgeblichen Organisationen, wie dem Wissenschaftsrat (1985) und der Westdeutschen Rektorenkonferenz (1984) aufgenommen und gefördert. Hier ist denn auch der oben genannte Vortrag von Peter Graf Kielmannsegg 1984 auf der Jahresversammlung der WRK einzuordnen. In der hochschulpolitischen Debatte fand der Wettbewerbsgedanke schnell Widerhall und Verbreitung. Die strukturellen Effekte auf das Hochschulsystem hingegen sind nur allmählich und in einzelnen Bereichen unterschiedlich manifest geworden.

Tatsächlich in die Praxis umgesetzt wurde der Wettbewerbsgedanke ab den 1980er Jahren insbesondere im Zuge der zunehmenden Drittmittelfinanzierung und Projektförderung der Forschung (vgl. Torka 2006, Schimank 1994); in den 1990er und 2000er Jahren wächst der Anteil der Drittmittelfinanzierung dann nochmals:

„Die Bedeutung der Drittmittel für die Finanzierung der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist in den vergangenen Jahren sehr stark gestiegen. Betrug die Drittmittelquote bei den Hochschulen 1995 noch 14,4 Prozent, so lag sie zehn Jahre später bereits bei 20,1 Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.3.2 verschiedene Jahrgänge). Seit 2005 hat sich das Wachstum der Drittmittelquote sogar noch beschleunigt. Binnen dreier Jahre stieg sie bis 2008 auf 25,1 Prozent. Noch bedeutender ist der Drittmittelanteil bei den Universitäten. Kamen im Jahr 2000 auf jeden Euro Drittmittel noch 3,96 Euro laufende Grundmittel, waren es im Jahr 2008 nur noch 2,57 Euro“.²

² Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Krista Sager, Kai Gehring, Priska Hinz (Herborn), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/3381 – 10.11.2010, S. 1. URL: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703655.pdf>

Während also Wettbewerb bzw. wettbewerbsähnliche Mechanismen im Forschungsbereich schon seit den 1980er Jahren eine Rolle spielen, haben derartige Elemente im Bereich von Studium und Lehre eine – noch – geringe Bedeutung.

1.2. Die zweite Welle in den 1990er Jahren

Das Thema „Wettbewerb im Hochschulbereich“ bekam dann Mitte der 1990er Jahre einen neuerlichen Schub. Im Ergebnis dieser Debatte um die „neue Steuerung der Hochschulen“ wurde 1998 die Novelle des Hochschulrahmengesetzes verabschiedet, die – über den Weg der Novellierungen der entsprechenden Landeshochschulgesetze – den Hochschulen als Organisationen mehr Handlungs- und Gestaltungsspielräume zugestand. Es wurden damit die ersten Weichen für eine grundlegende institutionelle Reform des Hochschulwesens gestellt; zentrale Stichwörter des sogenannten neuen Steuerungsmodells waren Stärkung der Kompetenzen der Hochschulleitungen, Globalisierung der Hochschulhaushalte, veränderte Mechanismen der Mittelvergabe und Einführung von neuen Verfahren der Qualitätssicherung in der Lehre. Mit der Novelle wurde ein wichtiger Schritt in Richtung der besagten Organisationswerdung von Hochschulen getan.

Die Forderung nach mehr Wettbewerb zum Zwecke der Qualitäts- und Effizienzsteigerung zieht sich seitdem durch die Positionspapiere der politischen Parteien. Sie sind in den Beschlüssen der Ministerien und der Kultusministerkonferenz, in den Empfehlungen der Wissenschaftsorganisationen, dem Wissenschaftsrat, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Hochschulrektorenkonferenz, und nicht zuletzt in den Selbstbeschreibungen und Leitbildern der Hochschulen zu finden.

Über Wettbewerb wird mittlerweile nicht allenorten nur geredet, es werden auch mehr und mehr wettbewerbliche Verfahren eingeführt. Dazu gehören in zunehmenden Maße Drittmitelausschreibungen, die wettbewerbliche Vergabe von Forschungsaufträgen, die leistungsorientierte Mittelvergabe sowohl auf Landes-, Hochschul- als auch auf Fachbereichs- und Institutsebene und die vielfältigen Maßnahmen zur Evaluation von Forschung und Lehre.

Spätestens mit dieser zweiten Welle ist Wettbewerb zu einer der zentralen Kategorien im hochschulpolitischen Diskurs in der Bundesrepublik geworden. Ein tatsächlicher Wettbewerb zwischen den Hochschulen um Studierende fand bis dato hingegen nicht statt.

Auch wenn sich bislang der Wettbewerb mehr im Diskurs und weniger in der Praxis durchgesetzt hat, so zeitigt die intensive Debatte über den Wettbewerb und die ständige Betonung seiner hochschulpolitischen Relevanz doch Auswirkungen auf das Handeln der Betroffenen. So wännen sich die korporativen und individuellen Akteure an den Hochschulen bereits im Wettbewerb, wo eigentlich noch kaum einer stattfindet, antizipieren wettbewerliches Verhalten ihrer vermeintlichen Konkurrenten, beobachten den „Markt“ und überdenken ihre eigene Handlungsstrategie. Aus dem Wettbewerbsgedanken kann somit tatsächlicher Wettbewerb werden – in Form einer sich-selbst-erfüllenden Prophezeiung.

1.3. Die dritte Welle in den 2000er Jahren

In der dritten Welle Mitte der 2000er Jahre erreichte der Wettbewerbsgedanke in der Forschung an Universitäten finanziell wie strukturell eine neue Dimension dank der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder; Michael Hartmann (2006) spricht gar vom „Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik“. Es ist, wie Wissenschaftsrat und Deutsche Forschungsgemeinschaft als Veranstalter des Wettbewerbs, bilanzieren, „ein Ruck durch die Universitäten gegangen, der zu einer neuen Qualität der Struktur- und Entwicklungsplanung in einem umfassenden Sinne geführt hat“ (Gemeinsame Kommission 2008: 59). In Rahmen dieses komplexen Wettbewerbsverfahrens wurde eine erhebliche Summe im Forschungsbereich so verteilt, dass die Universitäten wie Fakultäten offensichtlich in Gruppen von Siegern und Verlierern eingeteilt werden konnte (vgl. Leibfried 2010, Hartmann 2010, Bloch/Keller/Lottmann/Würmann 2008, Hornbostel/Simon/Heise 2008). Damit wurden unübersehbar Unterschiede in der Leistungsfähigkeit und in den finanziellen bzw. personellen Forschungsressourcen der Hochschulen stark gefördert. Das erklärte politische Ziel dabei war es, mit der sogenannten „Fiktion der Gleichheit“ der Universitäten bzw. der Fachhochschulen zu brechen und eine vertikale Differenzierung der Universitäten (sprich Hierarchisierung) in exzellente und nicht-exzellente zu erreichen (wie es Detlef Müller-Böling in seinem Buch zur entfesselten Hochschule bereits im Jahr 2000 gefordert hatte, vgl. Hartmann 2010).

„Mit der Exzellenzinitiative werden nicht nur bestehende Unterschiede zwischen den Universitäten sichtbar gemacht, sondern diese Unterschiede durch die zusätzliche Förderung von Spitzenforschung ausdrücklich angestrebt.“ (Gemeinsame Kommission 2008: 60)

Unübersehbar waren die Folgen auch deshalb, weil Sieger mit den Titeln „Elite“ bzw. „Exzellenz“ etikettiert und geadelt wurden bzw. sich selbst als solche präsentierten. Im Gegenzug hatten dann automatisch diejenigen Universitäten und Fächer als nicht-exzcellent zu gelten, die bei dem Wettbewerb nicht reüssiert haben. Der Reiz, als exzcellent zu gelten und in die Elite der Forschungsuniversitäten aufzusteigen, sowie die Befürchtung, als nicht-exzcellent stigmatisiert zu werden und in die Masse der Ausbildungshochschulen abzustiegen (vgl. Hartmann 2010: 381 ff.), waren sicherlich – neben den lockenden massiven Finanzmitteln die entscheidenden Faktoren für die massive Beteiligung der Universitäten an der Exzellenzinitiative. Diese Entwicklung ist durchaus gewollt – so der damalige Präsident der DFG, Ernst-Ludwig Winnacker:

„Das System wird sich weiter ausdifferenzieren. Neben reinen Forschungsuniversitäten, die sich auch in der Ausbildung an den Anforderungen moderner wissenschaftlicher Forschung ausrichten, wird es solche geben, die dies nur ansatzweise und in einzelnen Fächern versuchen, solche, die diesen Anspruch erst gar nicht anstreben, und solche, die ihre Stärke eher in der Praxisorientierung suchen.“ (Winnacker 2006: X)

Mit der Exzellenzinitiative ist der Wettbewerbsgedanke nicht nur zu einem zentralen Thema des hochschulpolitischen Diskurses, sondern auch zu einer zentralen Leitvorstellung im

Handeln der Universitäten geworden. Wissenschaftsrat und Deutsche Forschungsgemeinschaft verstanden die Exzellenzinitiative denn auch ausdrücklich „Wettbewerb nicht der einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sondern der Universitäten“ (Gemeinsame Kommission 2008: 59).

Neben der Exzellenzinitiative wurden in den 2000er Jahren noch weitere wettbewerbliche Maßnahmen ergriffen. So wurde die neue Professorenbesoldung eingeführt, die individuelle Leistungszulagen verschiedener Art vorsieht, die leistungsorientierte Mittelvergabe stark ausgebaut und – nicht zuletzt – Studiengebühren erhoben (dazu später mehr).

Eine vierte Welle der Verwettbewerblichung wird in ein paar Jahren das bundesdeutsche Hochschulsystem erreichen. Bislang war es vor allem der Forschungsbereich, der immer stärker vom Wettbewerbsgedanken durchdrungen wurde. In der vierten Welle wird es – so meine Prognose – den Studienbereich treffen – und insbesondere den Wettbewerb um Studierende. Um diese These zu erläutern, soll im Folgenden die historische Entwicklung der Studienplatzvergabe in der Bundesrepublik rekapituliert werden.

2. Historischer Rückblick – zweiter Teil: Studienplatzvergabe und Wettbewerb

Nach traditionell deutschem Bildungsverständnis hat derjenige das Recht, ein Studium nach seiner Wahl aufzunehmen, der ein Zeugnis der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife vorweisen konnte: das Abitur bzw. das Fachabitur (vgl. Wolter 1989, Oelkers 2007). Die Hochschulen wählten sich folglich „ihre“ Studierenden nicht selbst aus.³ Sie waren vielmehr verpflichtet, alle Studienberechtigten aufzunehmen. Deshalb hat sich in der Bundesrepublik Deutschland kein System der „Bestenauslese“, wie es etwa an den Hochschulen in den USA und Großbritannien oder an den Grandes Écoles in Frankreich üblich ist, ausbilden können.

Mit der Abschaffung der Kolleggebühren in den 1960er Jahren schwand überdies der Anreiz für die Universitäten, Bewerber aus finanziellen Gründen zum Studium zuzulassen. Ein Wettbewerb um Studierende war aus Sicht der Hochschulen nicht nötig – im Gegenteil: Der stetige Anstieg der Abiturientenzahlen in den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten führte zu einer Überfüllung von Studiengängen, auf die zunächst nicht mit einem entsprechenden Mittelaufwuchs reagiert wurde. Die Gründe für den verstärkten Andrang an die Universitäten lagen im Ausbau des Schulwesens, in den geburtenstarken Jahrgängen Mitte der 1930er Jahre, in der sinkenden Arbeitslosigkeit im Wirtschaftsaufschwung und allgemein in der Akademisierung der Berufe (Oehler 1997: 414 f.). Mangelhafte Studienbedingungen – Überlast und fehlende Betreuung – waren die Folgen, bevor es dann zur großen Expansions- und Neugründungsphase der 1960er und 1970er Jahre im bundesdeutschen Hochschulsystem gekommen ist. Dieser massive Ausbau des Hochschulsystems in der Bundesrepublik kam

³ Zusätzliche Befähigungsnachweise oder Auswahlprüfungen waren nur in wenigen Ausnahmefällen (z.B. musische Studiengänge) üblich.

dann Mitte der 1970er Jahre zum Erliegen, die Zahl der Studienberechtigten hat dennoch weiter zugenommen. Seitdem waren und sind – von Fach zu Fach unterschiedlich⁴ – an den Hochschulen keine ausreichenden Kapazitäten mehr vorhanden, um alle studierwilligen Abiturienten aufzunehmen. Der Mangel an Studienplätzen musste vielmehr verwaltet werden.

Um den prognostizierten mittelfristigen Anstieg der Studierendenzahlen zu bewältigen, wurde in der zweiten Hälfte der 1970er Jahren die sogenannte Untertunnelungsstrategie erfunden und in die Praxis umgesetzt. Demnach sollten die Kapazitäten an den Hochschulen nicht erhöht, sondern eine vermeintlich kurzfristige Überlast in Kauf genommen, der „Studentenberg“ gleichsam unterhöhlt werden. Als nachhaltiges Problem dieser politischen Strategie erwies es sich, dass diese partielle Überlast nicht nur die prognostizierten Jahre andauerte, sondern sich im Zuge der andauernden Bildungsexpansion als ein beständiges Strukturmerkmal des deutschen Hochschulwesens manifestierte.

Neben der Untertunnelungsstrategie bestand der Lösungsversuch für das Problem der Überlast Ende der 1970er Jahre darin, basierend auf der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Aufnahmekapazitäten in einzelnen Studiengängen zu begrenzen, ein Kapazitätsrecht zu schaffen (die sogenannten Kapazitätsverordnungen der Länder, die sich an einer Musterordnung orientierten) und eine bundesweite zentrale Studienplatzverwaltung einzurichten. Diese Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund sollte in den am stärksten nachgefragten Fächern die Studienbewerber unter Berücksichtigung ihrer Abiturnote und anderen Kriterien (wie der bisherigen Wartezeit auf einen Studienplatz) den Universitäten zuordnen.

In dieser Lage war ein Wettbewerb um Studierende aus Sicht der Hochschulen nicht angebracht: Sie verfahren – ob nun intendiert oder unintendiert – nach einer Devise der „Abschreckung“, indem man Studierende – ob nun intendiert oder unintendiert – durch mangelhafte Studienbedingungen, strenge Prüfungsselektion, starken Leistungsdruck und administrative Hürden vom Studium an ihrer Einrichtung abzuhalten suchte.

Relativ spät, erst Ende der 1980er Jahre – als Teil der Debatte um die neue Steuerung von Hochschulen (siehe oben) – wurde dann auf die Überlastung der Hochschulen und ihres Lehrpersonals sowie die schwierigen Rahmenbedingungen und die oftmals beklagte schlechte Qualität von Studium und Lehre reagiert. Zwar versprachen die Hochschulsonderprogramme von Bund und Ländern eine gewisse finanzielle Linderung (von Ende der 1980er bis Mitte der 2000er Jahre, siehe BLK 2001), doch für eine strukturelle Aufstockung der Lehrkapazitäten waren diese Mittel nicht vorgesehen. Zudem konzentrierte sich die Debatte auf die Qualität von Studium und Lehre (z.B. Müller-Böling 1995). Die Lehrevaluation wurde an den Hochschulen als Kontrollverfahren oder/und als Verfahren zum Zwecke der Verbesserung der eigenen Lehre betrachtet. Dem lag die Vorstellung zugrunde, dass Qualitätsprobleme nicht ausschließlich von Kapazitätsproblemen herrührten, die wiederum der besagten Unterfinanzierung geschuldet sind, sondern insbesondere auch von kaum studierbaren Stu-

⁴ In einigen mathematisch-, natur- und technikkwissenschaftlichen Studiengängen herrscht tendenziell ein Mangel an Studierenden, in vielen wirtschafts-, rechts-, sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern ist wiederum eine Überauslastung der Studiengänge festzustellen.

dienplänen, mangelnder Studienorganisation und schlechtem Service, fehlender didaktischer Motivation und Qualifikation des Lehrpersonals verursacht seien. Die Hochschulen sahen sich zunehmend einem Rechtfertigungsdruck ausgesetzt. Die Hochschulen, ihre Fachbereiche und Institute wurden für die gebotene Qualität ihrer Lehre verantwortlich gemacht. Der Vertrauensvorschuss, den die Universitäten und Fachhochschulen bis dato genossen hatten, verbrauchte sich allmählich. Auch aus Gründen der Legitimation der Hochschulen wurde die Einführung von Verfahren der Qualitätssicherung und -steigerung notwendig. Vielerorts wurden diese neuartigen Maßnahmen aus den besagten Hochschulsonderprogrammen finanziert.

Ab Mitte der 1990er Jahre wurden Verfahren zur Studien- und Lehrevaluation als hochschulspezifische Instrumente des New Public Management bzw. des New University Management etabliert (vgl. u.a. Brinckmann 1998, Hödl/Zegelin 1999). Im Sinne dieses Steuerungskonzeptes wurden die Hochschulen autonomer, insbesondere die Leitungsgremien und -personen erhielten mehr Kompetenzen, und wurden im Gegenzug auch stärker rechen-schaftspflichtig. Die Notwendigkeit, die Studienqualität zu steigern, wurde in dieser Debatte stets auch mit der auszubauenden Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschulen in einen Zusammenhang gebracht (so beispielsweise der damalige Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers 1997 oder die KMK 1997).

Zudem sollten Rankings Transparenz über Studienangebot und Studienqualität erzeugen und somit eine wichtige Voraussetzung für einen funktionierenden Wettbewerb im Studiensystem schaffen. Als weitere wettbewerbsähnliche Elemente wurden ab Mitte der 1990er Jahre im Rahmen des neuen Steuerungsmodells von Hochschulen (siehe oben) Modelle einer indikatoren-gesteuerten landes- und hochschulinternen Mittelvergabe in den Ländern und an den Hochschulen durchgesetzt (Hirschfeld 2004, Leszczensky/Orr 2004, Ziegele 2000). Kennzahlen wie die Anzahl der Studierenden in der Regelstudienzeit oder die Absolventenzahlen bestimmen über einen – zumeist nur geringen, aber langfristig zunehmenden – Teil der Mittel, die den Hochschulen und ihren Fachbereichen zur Verfügung gestellt werden.

3. Aktuelle Situation und Ausblick auf den Wettbewerb um Studierende

Obwohl die Studierendenzahlen mehr oder weniger kontinuierlich gestiegen sind, wurde ein entsprechender Ausbau des Hochschulbereichs nicht vorangetrieben. Um 2000 pendelte sich das Niveau bei rund zwei Millionen Studierenden ein. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist eine seit vielen Jahren immer wieder diagnostizierte strukturelle Unterfinanzierung der Lehre in vielen Bereichen der Hochschulen. Der in anderen Ländern beschrittene Weg, einen Teil der fehlenden öffentlichen Mittel für die Lehre durch Studiengebühren zu kompensieren, ist in Deutschland offenbar politisch nicht durchsetzbar. Zwar wurden in einigen Bundesländern Studiengebühren von maximal 500 Euro pro Semester Mitte der 2000er Jahren eingeführt, um dann kurz darauf wieder abgeschafft zu werden. Derzeit werden Gebühren nur noch in vier Bundesländern erhoben – die Betonung liegt auf „noch“, da mit den aktuellen

Regierungswechseln auch in Baden-Württemberg und Hamburg deren Abschaffung bevorsteht.

Derartige Sondereinnahmen können für die Hochschulen einen finanziellen Anreiz darstellen, Studierende aufzunehmen, das heißt auch, mit anderen Hochschulen um die Studierwilligen und potenziellen Gebührenzahler zu konkurrieren. Nicht nur als Instrument des Wettbewerbs, sondern auch des Marktes können Studiengebühren wirken, wenn sie als Preis, den der Student für das Produkt bzw. die Dienstleistung „Studium“ bezahlen soll, fungieren. Prinzipiell wird so ein marktlicher Wettbewerb zwischen den „unternehmerischen Hochschulen“ um die „studentischen Kunden“ über die Studienkosten denkbar – sofern die Preise auch von den Marktteilnehmern frei bestimmbar wären. De facto waren bzw. sind sie aber über die Landeshochschulgesetze mehr oder weniger starr festgelegt (vgl. Hüttmann/Pasternack 2005).

In den letzten Jahren wird der Wettbewerbsgedanke im Studiensystem durch staatlich oder durch Verbände veranstaltete Ausschreibungen forciert, wie den von der Bundesbildungsministerin Annette Schavan Mitte Februar 2010 geplanten, aber nicht realisierten „Wettbewerb um die beste Lehre“ im Rahmen des Hochschulpakts 2020.⁵ Anstelle dessen wurde ein Jahr später – weniger kompetitiv formuliert und mit einem festen Landesproporz versehen – der „Qualitätspakt Lehre“ ins Leben gerufen, im Rahmen dessen die Hochschulen um eine Art Drittmittel für ihre Lehrprojekte konkurrieren.⁶ Ähnliche Ausschreibungen sind auch die beiden vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft initiierten Wettbewerbe: der „Wettbewerb exzellente Lehre“ von 2009⁷, in dessen Zentrum die besten Zukunftsstrategien der Hochschulen für Lehre und Studium stehen, und der Wettbewerb „Cum Laude – Gute Studiengänge im Urteil der Studierenden“ von 2011⁸. Entscheidend für diese Ausschreibungen ist nicht Wettbewerb der Hochschulen um Studierende, sondern der Wettbewerb der Hochschulen um Fördermittel für Konzepte im Studienbereich.

Seit Mitte der 2010er Jahre ist ein neuerlicher Anstieg bei den Studienanfängerzahlen in den westdeutschen Bundesländern zu konstatieren. Verschärft wird das Kapazitätsproblem aktuell durch die Abschaffung der Wehrpflicht und die doppelten Abiturientenjahrgänge. Diese treten in allen Bundesländern auf, in denen die Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre verkürzt wurde bzw. werden soll – und das sind bis auf Sachsen und Thüringen, deren Gymnasienzeit schon immer nur acht Jahre betrug, alle 14 Länder. Geballt sind diese doppelten Abiturjahrgänge im Jahr 2012 sowie – etwas schwächer – ein Jahr davor und danach zu erwarten (siehe Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 63). Angesichts der zu erwartenden hohen Abiturientenzahlen wurde 2007 (bis 2015 verlängert) ein weiterer, durchaus finanzstarker und daher für die Hochschulen relevanter wettbewerbsähnlicher Mecha-

⁵ Siehe: http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Mehr-Wettbewerb-fuer-Hochschulen_aid_819521.html

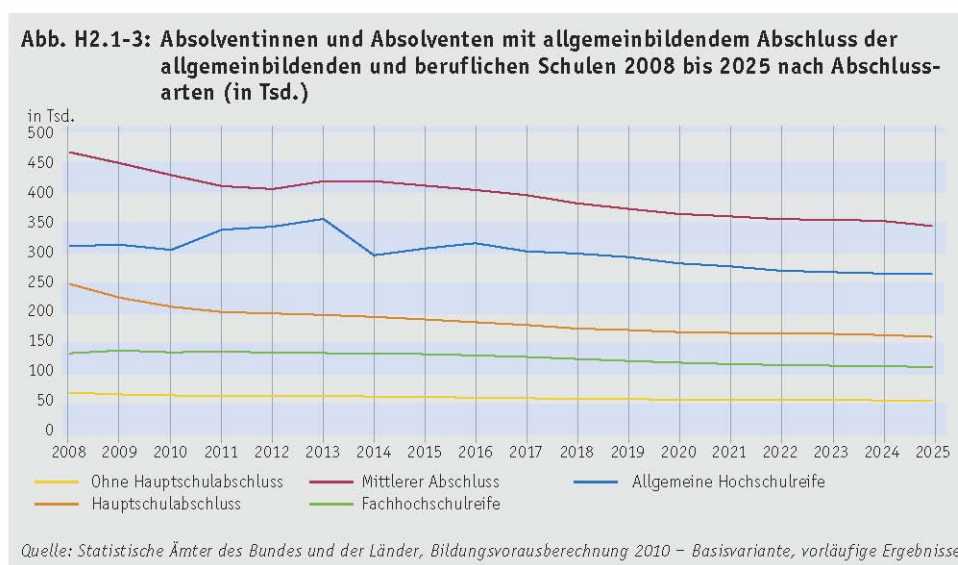
⁶ Siehe: <http://www.bmbf.de/de/15375.php> und <http://www.bmbf.de/pubRD/pm2011-11.pdf>

⁷ Siehe: http://www.stifterverband.org/wissenschaft_und_hochschule/lehre/exzellenz_in_der_lehre/index.html

⁸ Siehe: http://www.stifterverband.info/wissenschaft_und_hochschule/auszeichnungen_und_preise/cum_laude/index.html

nismus im Rahmen des Hochschulpaktes 2020⁹ eingeführt: Prämien für die Schaffung bzw. den Erhalt von Studienplätzen. Die westdeutschen Hochschulen erhalten für zusätzlich geschaffene Studienplätze mehr Geld von Bund und Land; die ostdeutschen Hochschulen bekommen zusätzliche Mittel, wenn sie den Stand der Studierendenzahlen von 2005 erhalten können.

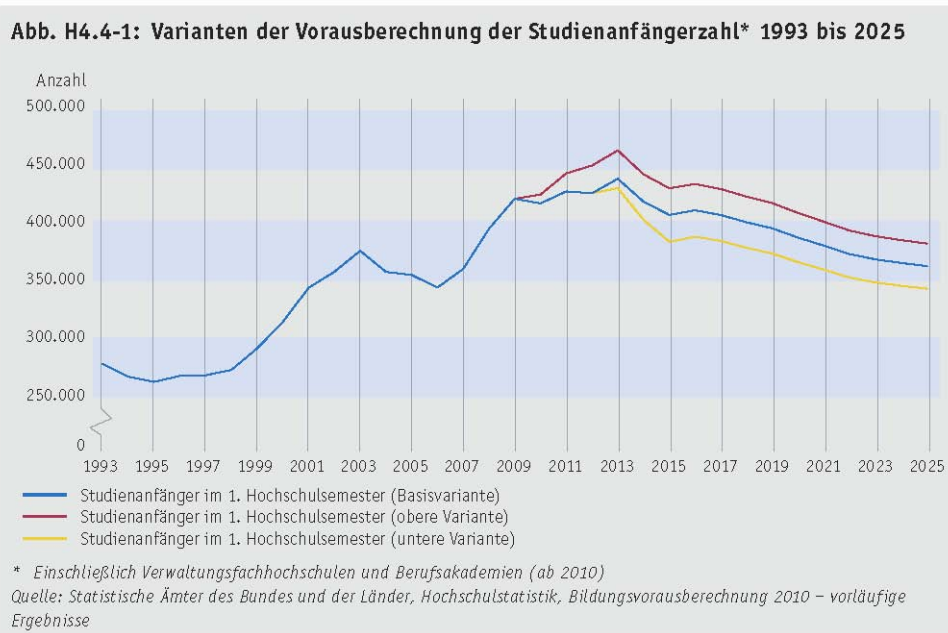
Ogleich derzeit und in den nächsten Jahren die Bewältigung dieses Ansturms von Studientwilligen an die westdeutschen Hochschulen im Fokus der hochschulpolitischen Debatte steht, so deuten die Prognosen mittelfristig auf einen gemäßigten Rückgang der Abiturientenzahlen hin, wie die folgenden Grafik zeigt.



Aus: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010: 155)

Dieser Rückgang der Abgänger/innen aus Gymnasien und Fachoberschulen wird sich auf die Entwicklung der Studienanfängerzahlen auswirken; diese werden – je nach Prognosemodell unterschiedlich stark sinken, wie die folgende Grafik zeigt (vgl. KMK 2009).

⁹ Mehr Informationen zum Hochschulpakt siehe unter: <http://www.bmbf.de/de/6142.php>



Aus: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010: 181)

Aus dieser Prognose resultiert mittel- bis langfristig eine völlig neue Situation: Bei gleichbleibenden Kapazitäten werden sich die Hochschulen folglich verstärkt aktiv selbst um Studierende bemühen müssen. Die demografische Entwicklung hat voraussichtlich zur Folge, dass mittel- bis langfristig in verschiedenen Regionen und in bestimmten Fächern an den Hochschulen Überkapazitäten in der Lehre entstehen könnten, Studienplätze also nicht belegt werden.¹⁰ Vorreiter sind die ostdeutschen Länder, die Anfang der 2010er Jahre gegenüber dem Stand von Mitte der 2000er Jahre mit rund 40 Prozent weniger Abiturient/innen in ihrer Region rechnen müssen. Folgt man den genannten Prognosen, dann wird sich dieser Trend auch in den westdeutschen Ländern – zwar nur allmählich und nicht in dieser Relation wie in den ostdeutschen Ländern – bemerkbar machen.

In den Regionen mit sinkenden Abiturientenzahlen wird sich folglich der Trend der letzten vier Jahrzehnte umdrehen: Nicht mehr die Studienplätze sind knapp, sondern die Studieninteressenten werden weniger, so dass nicht mehr die Studieninteressenten in Konkurrenz um die Studienplätze, sondern die Hochschulen in Konkurrenz um die Studieninteressenten stehen. Ökonomisch ausgedrückt wird – regional differenziert – ein Überhang im Angebotsbereich festzustellen sein, wo zuvor ein Gleichgewicht oder gar ein Überhang in der Nachfrage bestanden hat. Infolgedessen wird ein Wettbewerb der Hochschulen und der Fakultäten um die knappe „Ressource“ Studierende bzw. gute Studierende stattfinden. Mit dem drohenden Rückgang der Bewerberzahlen konnte in den ostdeutschen Flächenländern eine gewisse Ausrichtung auf mehr Wettbewerb um Studieninteressierte festgestellt werden (vgl. Winter 2008), diese Wettbewerbsorientierung wird sich – so die Prognose – ab Mitte der 2010er Jahre nach und nach auf ganz Deutschland ausweiten.

¹⁰ In aktuell überlasteten Fächern kann mit dem Rückgang der Bewerberzahlen dagegen eine gewisse Entspannung eintreten.

Die Ausprägung des Wettbewerbs wird stark vom Hochschulstandort und den jeweiligen Studienfächern abhängig sein. In manchen Regionen und in manchen Fächern wird es in erster Linie darum gehen, die Studienplätze überhaupt zu besetzen, in anderen dagegen wird sich der Wettbewerb darauf konzentrieren, die „besten“ oder zumindest „passenden“ Studierenden zu gewinnen. Neben den quantitativen Aspekten (Anzahl der Studienplätze, Anzahl der potenziellen Studieninteressierten) wird demnach auch das Leistungsniveau der Abiturienten bei der Studienplatzverteilung eine zentrale Rolle spielen. Besonders im Master-Bereich ist mit einer Differenzierung von Angebot und Nachfrage zu rechnen: In manchen Fächern und an manchen Standorten werden die Hochschulen Probleme haben, überhaupt genügend Studierende zu finden; an anderen führt die große Anzahl von Bewerbern zu hochselektiven Auswahl- und Zulassungsverfahren. Hinsichtlich der Anwendung von Zulassungs- und Auswahlverfahren ist folglich zu erwarten, dass sich die Studienplatzvergabe in den Fächern und an den Hochschulstandorten unterschiedlich entwickeln wird. Dies gilt es genauer empirisch zu untersuchen.

Förderlich für diesen Wettbewerb um Studierende sind zwei weitere strukturelle Faktoren, die in den letzten Jahren dazugekommen sind: Erstens besteht dank des Wegfalls der Rahmenprüfungsordnungen¹¹ im Zuge der Bologna-Studienstrukturreform, die ab den 2000er Jahren an den Hochschulen umgesetzt worden ist, die grundsätzliche Möglichkeit einer inhaltlichen Ausdifferenzierung der Studiengänge (vgl. Winter 2009). Zugleich erhielten die Hochschulen mehr hochschulgesetzliche Kompetenzen, selbst Studiengänge einzurichten oder zu schließen (vgl. Winter 2011). Mit diesen Kompetenzerweiterungen im Rahmen des New Public Managements ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Wettbewerb mit differenzierten Studienangeboten geschaffen. Die Profilbildung der Hochschulen im Studienangebot wird in der hochschulpolitischen Diskussion als eine zentrale Voraussetzung für ihr Bestehen im Wettbewerb erachtet. Die Umstellung auf das neue Studiensystem Mitte der 2000er Jahre allein führte indes nicht zu einer Wettbewerbsausrichtung der Hochschulen. So stellte Georg Krücken nach Interviews mit Hochschulvertretern fest, dass „Wettbewerb um Studierende“ bei der Gestaltung der neuen Studiengänge keine entscheidende Rolle gespielt habe (2008: 171). Der Diskurs um den Wettbewerb spiegelte sich nicht im Handeln der Hochschulen wider.

Zweitens wirkt sich der Abbau einer direkten (dirigistischen) Studienplatzvergabe wettbewerbsverstärkend aus: Im Zuge der allseits proklamierten Deregulierung und Stärkung der Hochschulautonomie wurde die zentrale Vermittlung von Studienplätzen sukzessiv abgebaut (vgl. Hailbronner 2002). Dahinter stand die Überzeugung, dass der Hochschulzugang die „Reifeprüfung für ein wettbewerbles Hochschulsystem“ (Müller-Böling 2000: 117) darstelle, weshalb die Hochschulen ihre Studierenden selbst auswählen sollten (vgl. Dallinger 1998, Lischka/Wolter 2001). In Zeiten knapper Studienplätze sollte dies dazu führen, dass sich die Hochschulen im Leistungsniveau ihrer Studierenden stärker vertikal ausdifferenzieren und so ihre Profilbildung vorantreiben. Zugunsten von hochschuleigenen Auswahlverfahren wurde

¹¹ Zuständig für die Rahmenprüfungsordnungen war die Kultusministerkonferenz in Abstimmung mit der Hochschulrektorenkonferenz. Siehe: <http://www.kmk.org/wissenschaft-hochschule/studium-und-pruefung/rahmenpruefungsordnungen.html>

die ZVS in ihrer Bedeutung peu à peu herabgesetzt, bis sie als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Jahr 2010 endgültig abgeschafft – genauer: in eine Stiftung mit anderem Auftrag umgewandelt – wurde. Die meisten der bislang von der ZVS verwalteten Studiengänge wurden in die neue gestufte Struktur mit Bachelor- und Master-Abschlüssen überführt. Zudem wurde in den verbliebenen zentral vermittelten Fächern der Einfluss der Hochschulen bei der Auswahl der Abiturient/innen ausgebaut. Gänzlich verschwunden ist die zentrale Instanz zur „Allokation“ von Studienbewerber/innen noch nicht; die ZVS bzw. deren Nachfolgeeinrichtung, die Stiftung für Hochschulzulassung, vergibt derzeit noch die medizinischen und die pharmazeutischen Studienplätze (mit staatlichem Abschluss).¹²

Fasst man diese Entwicklungen zusammen, so lässt sich folgende Prognose formulieren: Erst aus der Kombination aus (a) den Governance-Reformen, die den Hochschulen als korporative Akteure mehr Einfluss auf ihre eigene Entwicklung ermöglichen, so auch bei der Gestaltung und Genehmigung von Studiengängen sowie bei der Auswahl und Zulassung der Studienanfänger, (b) den Spielräumen der Hochschulen bei der Gestaltung der neuen Studiengänge durch die Bologna-Reform und (c) dem demografischen bedingten Rückgang der Abiturientenzahlen ist in den nächsten Jahren eine zunehmende Verwettbewerblichung im Studienbereich zu erwarten. Die Hochschulen werden sich also darauf einstellen müssen, um (gute) Studieninteressierte zu konkurrieren.¹³

Der Wettbewerb um Studierende äußert sich in der Ausweitung der Studienwerbung durch die Hochschulen¹⁴, den Ausbau von Marketingstellen an den Hochschulen, der Übernahme des Marketinggedankens als „Unternehmens- bzw. Hochschulführungsphilosophie“ und der Anpassung des Studienangebots an die Studiennachfrage durch die Hochschulen. Der Wettbewerb um Studierende wird in erster Linie zwischen Hochschulen, Fachbereichen und

¹² Siehe: <http://www.hochschulstart.de/>

¹³ Eine unwahrscheinliche Alternative zum Wettbewerb der Hochschulen um die Studieninteressierten wäre die Wiederbelebung einer zentralen Vergabestelle von Studienplätzen ZVS – insbesondere da die Abiturientenzahlen aufgrund der demografischen Entwicklungen in West- und Ostdeutschland stark auseinander gehen. In Ostdeutschland werden die Zahlen aller Voraussicht nach rapide sinken, in Westdeutschland die nächsten Jahre ansteigen, bevor sie dann auch leicht zurückgehen werden (KMK 2009). Eine Wiederbelebung widerspräche allerdings der hochschulpolitischen Großwetterlage der letzten Jahrzehnte. Die ZVS wurde aus der Perspektive des New Public Managements als dirigistisches Lenkungsinstrument zur „Kinderlandverschickung“ betrachtet (vgl. Etzold 2001). Sie galt als Ausdruck der Krise der Massenuniversität und ihrer Mängelverwaltung. Die Abschaffung der ZVS und die Individualisierung der Bewerbungsverfahren brachte allerdings etliche Koordinierungsprobleme mit sich, so dass Studienplätze nicht oder nicht rechtzeitig belegt werden konnten bzw. Bewerber/innen keine oder nicht rechtzeitig Plätze erhielten. Deshalb wird nach dem Vorbild des Universities & Colleges Admissions Service in Großbritannien (siehe: <http://www.ucas.com/>) eine zentrale Clearingstelle für eine wettbewerbliche Studienplatzvergabe eingerichtet. Diese internetbasierte Stelle soll Anbieter und Nachfrager miteinander koordinieren, aber nicht die Verteilung der Studierenden auf die Hochschulen steuern. Trotz jahrelangen Vorlauf funktioniert das elektronische internetbasierte System immer noch nicht, obwohl seit langem bekannt war, dass dieses Jahr noch so viele Abiturienten in Westdeutschland wie noch nie an die Hochschulen strömen werden. Angesichts dieser Überlast ist es kaum vorstellbar, dass sich die Lage Ende des Jahrzehnts drehen wird und die Hochschulen – so wie derzeit bereits in Ostdeutschland – um die – weniger gewordenen – Studieninteressierten konkurrieren werden.

¹⁴ Allein der Ausbau der Stellen für Studienwerbung und Hochschulmarketing an den ostdeutschen Hochschulen im Zuge des Hochschulpakts 2020 (vgl. Winter 2008), kann die westdeutschen Hochschulen dazu drängen, hier gleich zu ziehen und diesen „Markt“ nicht den ostdeutschen Konkurrenten zu überlassen – auch wenn eine intensiviertere Werbung objektiv nicht nötig wäre. Auch ohne große demografische Zwänge kann hieraus eine Art Wettbewerbsdynamik entstehen.

Instituten ausgetragen. Damit wird sich die Art von Wettbewerb durchsetzen, der bereits vor 30 Jahren proklamiert wurde: der Wettbewerb der Organisationen.

Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag. URL: http://www.bildungsbericht.de/daten2010/bb_2010.pdf
- Bloch, Roland/Keller, Andreas/Lottmann, André/Würmann, Carsten 2008: Making Excellence. Grundlagen, Praxis und Konsequenzen der Exzellenzinitiative. Bielefeld: WBV
- Brinckmann, Hans 1998: Die neue Freiheit der Universität. Operative Autonomie für Lehre und Forschung an Hochschulen. Berlin: Edition Sigma
- Bröckling, Ulrich 2000: Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement. S. 131-167 in: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) 2000: Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) 2001: Gemeinsames Hochschulsonderprogramm III. Abschlussbericht zum Gemeinsamen
- Clark, Burton R. 2001: Creating Entrepreneurial Universities. Organizational Pathways of Transformation. Oxford: Pergamon Press
- Dallinger, Peter 1998: Neuordnung des Hochschulzugangs. Zur Einführung des Wettbewerbs im Hochschulsystem 1998. S. 127-151 in: Wissenschaftsrecht, Vol. 31, Heft 2
- Etzold, Sabine 2001: Absurd für immer? Noch steht die ZVS unter Verfassungsschutz. Doch sie muss sich wandeln. Die Zeit, Nr. 30. URL: http://www.zeit.de/2001/30/200130_zvs.xml
- Felt, Ulrike / Nowotny, Helga / Taschwer, Klaus 1995: Wissenschaftsforschung: Eine Einführung. Frankfurt am Main: Campus
- Gemeinsame Kommission von DFG und Wissenschaftsrat 2008: Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative an die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz. Bonn. URL: <http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Bericht-Exzellenzinitiative.pdf>
- Hailbronner, Kay 2002: Hochschulzugang, zentrale Studienplatzvergabe und Hochschulauswahlverfahren. S. 209-232 in: Wissenschaftsrecht, Vol. 35, Heft 3
- Hartmann, Michael 2006: Die Exzellenzinitiative – ein Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik. S. 447-465 in: Leviathan, Vol. 34, Heft 4
- Hartmann, Michael 2010: Die Exzellenzinitiative und ihre Folgen. S. 369-387 in: Leviathan, Vol. 38, Heft 3
- Herrmann, Wolfgang A. 2005: Unternehmen Universität – Universität unternehmen. Deutschland im Paradigmenwechsel des Hochschulsystems. S. 8-15 in: ifo Schnelldienst, Vol. 58, Heft 18. URL: <http://www.cesifo-group.de/portal/pls/portal/docs/1/1201505.PDF>
- Hirschfeld, Olaf 2004: Zu Aspekten der Koordination im deutschen Hochschulsystem. Wettbewerb, Markt und Indikatorbasierte Mittelverteilung. Leipzig: Engelsdorfer Verlag

Hochschulsonderprogramm III des Bundes und der Länder. Bonn: Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung. URL: <http://www.blk-bonn.de/papers/heft95.pdf>

Hödl, Erich/Zegelin, Wolf 1999: Hochschulreform und Hochschulmanagement: Eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen Diskussion. Marburg: Metropolis

Hornbostel, Stefan/Simon, Dagmar/Heise, Saskia (Hg.) 2008: Exzellente Wissenschaft. Das Problem, der Diskurs, das Programm und die Folgen. Bonn: IFQ-Working paper 4. URL: <http://hsdbs.hof.uni-halle.de/documents/t1749.pdf>

Hüttmann, Jens/Pasternack, Peer 2005: Studiengebühren nach dem Urteil. Wittenberg: HoF-Arbeitsbericht 5/2005. URL: http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_5_2005.pdf

Kielmansegg, Peter Graf 1984: „Adam Smith und Wilhelm von Humboldt“ – Überlegungen zur Frage, ob mehr Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem wünschenswert und möglich sei. S. 41-60 in: Westdeutsche Rektorenkonferenz (Hg.): Differenzierung und Wettbewerb im Hochschulbereich. Jahresversammlung 1984. Dokumente zur Hochschulreform 55/1984. Hannover

KMK 1997: Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandortes Deutschland. Bericht der Kultusministerkonferenz an die Ministerpräsidentenkonferenz zu den Umsetzungsmaßnahmen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 24.10.1997): Bonn

KMK 2009: Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2009-2020. Zwischenstand. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, 18.05.2009. URL: http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Zwischenstand_Vorausberechnung_Studienanfaengerzahlen_2009_2020.pdf

Krücken, Georg 2008: Zwischen gesellschaftlichem Diskurs und organisationalen Praktiken. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde zur Wettbewerbskonstitution im Hochschulbereich. S. 165-175 in: Zimmermann, Karin/Kamphans, Marion/Metz-Göckel, Sigrid (Hg.): Perspektiven der Hochschulforschung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften

Leibfried, Stephan (Hg.) 2010: Die Exzellenzinitiative. Zwischenbilanz und Perspektiven. Frankfurt/Main, New York: Campus

Leszczensky, Michael/Orr, Dominic James 2004: Staatliche Hochschulfinanzierung durch indikatorgestützte Mittelverteilung. Dokumentation und Analyse der Verfahren in 11 Bundesländern. Hannover: Hochschul-Informationssystem, HIS-Kurzinformation A 2004, 2. URL: http://www.his.de/pdf/pub_kia/kia200402.pdf

Lischka, Irene/Wolter, Andrä (Hg.) 2001: Hochschulzugang im Wandel? Entwicklungen, Reformperspektiven und Alternativen. Weinheim: Beltz

Mannheim, Karl 2009 (1928): Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen. S. 81-120 in: Mannheim, Karl 2009: Schriften zur Wirtschafts- und Kultursoziologie. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften

Meier, Frank 2009: Die Universität als Akteur. Zum institutionellen Wandel der Hochschulorganisation. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften

- Müller-Böling, Detlef (Hg.) unter Mitarbeit von Andreas Barz 1995: Qualitätssicherung in Hochschulen: Forschung - Lehre - Management. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung
- Müller-Böling, Detlef 2000: Die entfesselte Hochschule. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
- Münch, Richard 2009: Unternehmen Universität. S. 10-16 in: Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ 45/2009. URL: http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=0L31AD&page=0
- Nullmeier, Frank 2000: „Mehr Wettbewerb!“ Zur Marktconstitution in der Hochschulpolitik. Czada, Roland und Susanne Lütz (Hg.): Die politische Constitution von Märkten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. URL: http://www.mpifg.de/pu/mpifg_book/2000_CZ-SL.pdf
- Oehler, Christoph unter Mitarbeit von Christiane Bradatsch 1997: Die Hochschulentwicklung nach 1945. S. 412-446 in: Führ, Christoph/Furck, Carl-Ludwig/Berg, Christa (Hg.) 1997: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band 6. 1945 bis zur Gegenwart. Erster Teilband. Bundesrepublik Deutschland. München: Beck
- Oelkers, Jürgen 2007: Schnittstelle als Entwicklungsfeld von Hochschulen und Gymnasien. Vortrag auf dem Symposium HSGYM – Hochschulreife und Studierfähigkeit am 17. Januar 2007. URL: http://www.paed.unizh.ch/ap/downloads/oelkers/Vortraege/308_ZuerichSchnittstelle.pdf
- Rüttgers, Jürgen 1997: Studienstandort Deutschland attraktiver gestalten. Immer weniger ausländische Studenten in Deutschland. S. 182-184 in: Forschung & Lehre, Vol. 4, Heft 4
- Schimank, Uwe 1994: Ressourcenverknappung und/oder Leistungsdefizite. Probleme der westdeutschen Hochschulforschung seit Mitte der siebziger Jahre. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln – Discussion Paper 1994, 2. URL: http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp94-2.pdf
- Torka, Marc 2006: Die Projektförmigkeit der Forschung S. 63-83 in: die hochschule, Vol. 15, Heft 1
- Voß, Günter G./Pongratz, Hans J. 1998: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? S. 131-158 in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Vol. 50, Heft 1
- Weingart, Peter 2003: Wissenschaftssoziologie Bielefeld: transcript-verlag
- Westdeutsche Rektorenkonferenz (Hg.) 1984: Differenzierung und Wettbewerb im Hochschulbereich. Jahresversammlung 1984. Dokumente zur Hochschulreform 55/1984. Hannover
- Wilms, Dorothee 1983: Wettbewerb statt Bürokratie. Leitlinien für eine neue Hochschulpolitik aus Sicht des Bundes. Bonn: BMBW
- Winnacker, Ernst-Ludwig 2006. Im Wettbewerb um neues Wissen: Exzellenz zählt. S. V-XI1 in: Forschung – Das Magazin Der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Heft 2. URL: http://www.dfg.de/download/pdf/dfg_magazin/wissenschaft_oeffentlichkeit/forschung_magazin/forschung_2006_2_exkurs.pdf

Winter, Martin 2008: Studienwerbung und Marketingaktivitäten der ostdeutschen Hochschulen. Ergebnisse einer Befragung im ersten Vierteljahr 2008. S. 108-131 in: die hochschule, Vol. 17, Heft 1. URL: <http://hsdbs.hof.uni-halle.de/documents/t1768.pdf>

Winter, Martin 2009: Das neue Studieren – Chancen, Risiken, Nebenwirkungen der Studienstrukturreform: Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess in Deutschland. Wittenberg: HoF-Arbeitsbericht 1/2009. URL: http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2009.pdf

Winter, Martin 2011: Studium und Studienreform im Vergleich der Bundesländer. Statistische Entwicklungen, Landeshochschulgesetze, Zielvereinbarungen und ministerielle Vorgaben. In: Pasternack, Peer (Hg.): Hochschulen nach der Föderalismusreform. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt (Druck in Vorbereitung)

Wissel, Carsten von 2007: Hochschule als Organisationsproblem. Neue Modi universitärer Selbstbeschreibung in Deutschland. Bielefeld: transcript

Wissenschaftsrat 1985: Empfehlungen zu Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem. Köln

Wolter, Andrä 1989: Von der Elitenbildung zur Bildungsexpansion. Zweihundert Jahre Abitur (1788-1988). Oldenburg: Oldenburger Universitätsreden. URL: <http://docserver.bis.uni-oldenburg.de/publikationen/bisverlag/unireden/ur28/urede28.html>

Ziegele, Frank 2000: Mittelvergabe und Zielvereinbarungen. Finanzierungsinstrumente eines Neuen Steuerungsmodells im Verhältnis Staat – Hochschule. Überlegungen und Erfahrungen in den deutschen Bundesländern. S. 331-381 in: Titscher, Stefan/Winckler, Georg/Biedermann, Hubert/Gatterbauer, Helmuth/Laske, Stephan/Moser, Reinhard/Strehl, Franz/Wojda, Franz/Wulz, Heribert: Universitäten im Wettbewerb. Zur Neustrukturierung österreichischer Universitäten. München, Mering: Hampp

Wettbewerb um Studierende

Vortrag auf der Jahrestagung
„Wettbewerb und Hochschulen
der Gesellschaft für Hochschulforschung,

Wittenberg, 12. Mai 2011

Martin Winter

Wettbewerb um Studierende

1. Historischer Rückblick – erster Teil: Wettbewerb im hochschulpolitischen Diskurs
 - 1.1. Die erste Welle in den 1980er Jahren
 - 1.2. Die zweite Welle in den 1990er Jahren
 - 1.3. Die dritte Welle in den 2000er Jahren
2. Historischer Rückblick – zweiter Teil: Studienplatzvergabe und Wettbewerb
3. Aktuelle Situation und Ausblick auf den Wettbewerb um Studierende